

Lateinamerikas politische Parteien im Wandel

Klagen über die politischen Parteien, ihre Unfähigkeit, Wählerferne, Korruptionsanfälligkeit und ganz allgemein ihre „Krise“ gehören zum Alltagsgeschäft, wenn es darum geht, über die Rolle von Parteien in aller Welt zu diskutieren. Gerade Lateinamerika bildet keine Ausnahme: Wenn seine Parteien analysiert werden, geht diese Analyse mit einem negativen Fazit einher und anhand von Meinungsumfragen lässt sich fehlendes Vertrauen und mangelhafte Glaubwürdigkeit der Parteien mühelos belegen.¹⁾ Mit pauschalen Verdammungen der Parteien und ihres Führungspersonals werden die Probleme jedoch nicht gelöst und dem Aufbau der Demokratie wird nicht weitergeholfen. Die Versuche, vor allem in den neunziger Jahren, als Ersatz für versagende Parteien eine „Zivilgesellschaft“ zu fördern, in der sich die „Guten“ sammeln und die Interessen der Bürger vertreten, sind neben institutionellen und verfahrenstechnischen Hürden nicht zuletzt an der Tatsache gescheitert, dass die Akteure der Zivilgesellschaft ebenso wie die in den politischen Parteien dem kulturellen und sozialen Umfeld ihres Landes entstammen (mit allen Vor- und Nachteilen, die dies mit sich bringen kann).²⁾

Aus diesem Grund kann eine Analyse der Lage der politischen Parteien in Lateinamerika nur dem Ziel dienen, Stärken und Schwächen der Parteien festzustellen sowie Handlungsoptionen aufzuzeigen, um zu Verbesserungen zu gelangen. Für diesen Text soll das bedeuten, dass zunächst eine kurze Bestandsaufnahme der aktuellen Situation durchzuführen ist und

„Ja, aber ...“ – so müsste die Antwort auf die Frage lauten, ob die lateinamerikanischen Parteien im Laufe der letzten Jahre den Weg der Modernisierung und Professionalisierung, der innerparteilichen Demokratie und programmatischen Profilierung eingeschlagen haben. Leider sind fehlende Glaubwürdigkeit und Bürgernähe der Parteien, zentralistische und autoritäre Entscheidungsfindungsprozesse sowie anhaltende Tendenzen zu populistischen Bewegungen mit messianisch auftretenden Führungsgestalten nach wie vor Kennzeichen der politischen Systeme in fast ganz Lateinamerika. Die Professionalisierung der Wahlkämpfe dank der Übertragung von Management und Gestaltung an externe Agenturen ist für die Entwicklung der Parteien ein ambivalentes Phänomen.

- 1) Daten vgl. Latinobarómetro 1998–2002, www.latinobarometro.org.
- 2) Zu den Demokratiedefiziten der lateinamerikanischen Zivilgesellschaften vgl. Alison Brysk, „Democratizing Civil Society in Latin America“, in: *Journal of Democracy*, Heft 3/2000, S. 151–165.
- 3) *El Diario de Hoy* vom 20.03.2003 „El COENA necesita de políticos“ (COENA ist der Parteivorstand der ARENA).

anschließend diese darauf hin geprüft wird, inwieweit von einem Wandel zu sprechen ist.

Dabei sollen folgende Themen als Analysepunkte dienen:

- Grad der Modernisierung bzw. Professionalisierung;
- Grad der innerparteilichen Demokratie / Wahl- und Nominierungsverfahren;
- Programmatische Basis;
- Parteien als Machtzentren im politischen System;
- Grad der Institutionalisierung der Parteien / Stabilität von Parteien und Parteiensystemen.

Die Ergebnisse können aufgrund der Vielfalt der lateinamerikanischen Länder keine absolute Allgemeingültigkeit beanspruchen, aber doch einige Trends aufzeigen, die für Lateinamerikas politische Parteien typisch sind.

Schließlich sollen einige Schlussfolgerungen für die Demokratieförderung in Lateinamerika gezogen werden.

■ Zur aktuellen Lage: Lateinamerikas politische Parteien 2003

Grad der Modernisierung bzw. Professionalisierung

Vielfach hat man Versuche unternommen, im Gegensatz zu traditionellen, in ideologische Kategorien einzuordnenden Parteien, neue und moderne Strukturen aufzubauen, die sich durch eine Nähe zum modernen Unternehmertum und zu unternehmerischen Denk- und Verhaltensweisen auszeichnen. Insbesondere die Einbeziehung von Managern, die vor allem in den USA studiert hatten, die Einführung unternehmensähnlicher Entscheidungsprozesse sowie die durch nationale und internationale Agenturen durchgeführten Wahlkämpfe werden mit diesem Modell identifiziert. Die Ergebnisse sind unterschiedlich: In El Salvador mit einem sehr erfolgreichen Beispiel, der seit 1989 ununterbrochen regierenden ARENA, erschallt nun der Ruf nach den *políticos*.³⁾ Auch in anderen Ländern sind Beispiele bekannt, dass zunächst berufene Fachleute (*técnicos*) durch parteipolitisch erfahrene Personen ersetzt wurden (Costa Rica), ebenso wird die unternehmerische Amtsführung des ehemaligen Coca-Cola-Managers Vicente Fox in Mexiko kritisiert und musste bereits angepasst werden.

Für die Wahlkämpfe gilt, dass – eigentlich ein Fortschritt – die Öffnung der Fernsehstationen für Gratiswahlwerbung mit dazu geführt hat, dass der wesentliche Teil der Wahlkampfauseinandersetzung in diesem Medium stattfindet. Wer hier erfolgreich sein will, benötigt immense Geldmittel, um TV-Spots produzieren und zusätzliche Sendezeiten ankaufen zu können.⁴⁾

Hier ist eine Professionalisierung der Medienkampagnen zu verzeichnen, die maßgeblich durch ausländische Medienberater vorangetrieben wurde,⁵⁾ die sich vor allem um die PR-gerechte Vermarktung des *Kandidaten* und weniger der *Partei* kümmert. Diese Entwicklung hat eine extreme Chancenungleichheit zur Folge, weil finanzstarke Parteien – oft die Regierungsparteien – einen fast uneinholbaren Vorsprung besitzen.⁶⁾ Man spricht vom Übergang von traditionellen Wahlkampfpraktiken zur *videopolítica*.⁷⁾

Es hat also eine Professionalisierung in der Aktivität lateinamerikanischer Parteien stattgefunden, die sich aber auf den Wahlkampf beschränkt: Externe Politikberater haben die hauptamtlichen Parteimanager ersetzt, wobei sich inzwischen ein regionaler Markt von Politikberatern entwickelt hat, der vor allem von US-amerikanischen Experten mit fachlichen Inputs gespeist wird.⁸⁾ Entscheidend ist der Einfluss solcher Berater auf Strategien und Inhalte der Wahlkämpfe und damit auf zentrale, lebenswichtige Aktivitäten der politischen Parteien, die diese mit ihrem eigenen Personal nicht mehr bewältigen können. Die Entwicklung folgt dem US-amerikanischen Beispiel und sieht für die Parteien und ihre Mitglieder nur eine Nebenrolle im Kampf um die politische Macht vor.

Außerhalb der Wahlkämpfe ist keine vergleichbare Modernisierung festzustellen. Im Gegenteil sind z.B. alle Versuche, die Parteien durch Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder zu finanzieren, gescheitert, so dass heute im Grunde alle Parteien in Lateinamerika von öffentlicher Finanzierung oder Großspendern wie Firmen oder externen Persönlichkeiten abhängig sind.⁹⁾

Nach den vorliegenden Informationen¹⁰⁾ gibt es in fast keinem lateinamerikanischen Land staatliche Gelder für politische Bildung; die öffentlichen Zuwendungen an die Parteien haben ausschließlich die

4) Vgl. Fritz Plasser mit Gunda Plasser, *Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich*, Wien 2003, S. 274ff. In 16 lateinamerikanischen Ländern wird den Parteien kostenlose Wahlwerbezeit zur Verfügung gestellt. In Brasilien und Chile ist der Verkauf von Werbezeiten gesetzlich verboten.

5) Plasser, S. 276.

6) Beispiele: Fujimori, aber auch Portillo (Guatemala), der sich über die Einbindung des Schwiegersohnes des mexikanischen Fernsehmagagnaten González in seine Regierung die eigene TV-Präsenz sicherte.

7) Frank Priess/Fernando Tuesta Soldevilla (Hgg.), *Campañas electorales y medios de comunicación en América Latina*, 2 Bände, Buenos Aires 1999.

8) Plasser, S. 348.

9) Vgl. Michael Coppedge, „Political Darwinism in Latin America's lost Decade“, in: Larry Diamond/Richard Gunther (Hgg.), *Political Parties and Democracy*, Baltimore 2001, S. 179.

10) Eine Übersicht bietet Mark J. Payne/Zovatto/Carillo Flórez/Allamand Zavala, *Democracies in Development. Politics and Reform in Latin America*, Washington D.C. 2002.

11) Eine Ausnahme stellt Panama dar, das in Art. 164 seines Wahlgesetzes einen Teil der Parteienfinanzierung zur politischen Bildung von Parteimitgliedern und anderen Bürgern vorsieht.

12) Vgl. Christopher Sabatini, „Decentralization and Political Parties“, in: *Journal of Democracy*, Heft 2/2003, S. 138–150.

13) Sabatini, S. 149.

Finanzierung der Wahlkämpfe und die Aufrechterhaltung der Parteiorganisation zum Ziel.¹¹⁾

Grad der innerparteilichen Demokratie / Wahl- und Nominierungsverfahren

Mangelnde innerparteiliche Demokratie stellt für die meisten Parteien Lateinamerikas ein ernst zu nehmendes Defizit dar. Gerade in diesem Bereich zeigt sich die Erbschaft einer zentralistischen, autoritären Vergangenheit Lateinamerikas, die die politische Kultur dieses Kontinents nachhaltig beeinflusst hat. Von wenigen Ausnahmen wie den starken argentinischen Provinzfürsten abgesehen, befindet sich das Machtzentrum der Parteien geographisch und personell in den Hauptstädten. Erfolgreiche Bemühungen zu mehr Dezentralisierung und damit innerparteilicher Machtverteilung unternimmt auch die mexikanische PAN. Die Dezentralisierung des Staatswesens und des Parteiensystems hat in einigen Fällen wie in Venezuela, Kolumbien, Peru und Bolivien allerdings zu dem Nebeneffekt geführt, dass mehr regionale Parteien entstanden sind, was eine zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft in diesen Ländern zur Folge hat.¹²⁾ Eine Analyse der Erfahrungen in diesen Ländern hat gezeigt, dass die bestehenden nationalen Parteien diesen Entwicklungen nur durch innere Reformen mit dem Ziel einer besseren Integration lokaler Interessen in die nationalen Politiken gegensteuern können.¹³⁾

In den meisten Ländern sind die innerparteilichen Strukturen so aufgebaut, dass die Vorstände zwischen den Wahlen über eine fast uneingeschränkte Machtfülle verfügen und die Parteivorsitzenden in präsidialem Stil regieren. Parteitage sind selten Ort der Entscheidung über den inhaltlichen oder personellen Kurs der Partei. In der Vergangenheit galt dies besonders für die Nominierung von Kandidaten für öffentliche Ämter, die zentral durch die Inhaber der innerparteilichen Macht ohne Transparenz vergeben wurden (z.B. der *dedazo* in Mexiko oder der „Kauf“ von Listenplätzen in vielen Ländern). Eine zunehmend kritischere Öffentlichkeit hat neben anderen Faktoren dazu geführt, dass in immer mehr Parteien parteiinterne oder gar offene Vorwahlen durchgeführt werden. Allerdings haben auch diese Verfahren nicht in allen Fällen zu mehr Transparenz, sondern zu

anderen Formen der Manipulation geführt. So hat z.B. der argentinische PJ zur Verhinderung eines Präsidentschaftskandidaten Carlos Menem im Jahr 2003 die Vorwahlen gänzlich ausgesetzt, so dass am Ende mit Kirchner, Menem und Rodríguez Saa gleich drei PJ-Mitglieder als Präsidentschaftskandidaten antraten, aber keiner von ihnen als offizieller Kandidat seiner Partei. Grundsätzlich fördern Vorwahlen schon vorhandenen Faktionalismus in den Parteien und unterstützen den Personalismus.¹⁴⁾ Gleichzeitig bringen Vorwahlen aber auch Mobilisierungseffekte sowie Öffentlichkeit im Sinne von „Publicity“ für die Parteien mit sich; sie sind aber kein Patentrezept, um zu mehr innerparteilicher Demokratie zu gelangen.

Nach wie vor werden in den meisten Parteien Lateinamerikas die Vorsitzenden mit einer kompletten Wahlliste für die Besetzung der Vorstandsposten gewählt, was in vielen Fällen den völligen Ausschluss der unterlegenen Strömung(en) von den innerparteilichen Entscheidungen zur Folge hat und ebenfalls Faktionalismus und Zersplitterung begünstigt.

Programmatische Basis

Es hat in Lateinamerika traditionell nur wenige Programmparteien gegeben, zu denen im Zweifel immer die christdemokratischen Parteien zu rechnen waren. Der Wegfall des ideologischen Antagonismus Kommunismus-Demokratie hat zu einer Entideologisierung und zunehmenden Pragmatisierung beigetragen.¹⁵⁾ Gerade den christdemokratischen Parteien ist es sehr schwer gefallen, nach dem Ende des offenen, in Lateinamerika lange herrschenden Autoritarismus und des Kampfes gegen staatssozialistische Konzepte eine eigene Programmatik zu entwickeln, die den Bürgern Antworten auf die aktuellen Herausforderungen (Globalisierung, Armut, Gewaltkriminalität, Korruption, Umweltzerstörung, Terrorismus) geben könnte. Außerdem hat zunehmende politische Bildung der lateinamerikanischen Bürger anscheinend nicht wie erwartet zu mehr qualifizierter politischer Mitwirkung in Parteien geführt, sondern die Desillusionierung über Politiker und Parteien gefördert, was sich u.a. in abnehmender Wahlbeteiligung widerspiegelt.

Die erfolgreichste Ideologie der letzten Jahre – auch die am stärksten öffentlich wahrgenommene – war si-

14) Vgl. Nikolaus Werz/Petra Bendel, „Politische Parteien“ (Lateinamerika), in: Nohlen u.a. (Hgg.): *Lexikon der Politik*, Band 4, München 1997, S. 442.

15) Werz spricht von einer „Entstrukturierung der politischen Lager“; Werz, „Politische Parteien in Lateinamerika“, in Wolfgang Hirsch-Weber/Detlef Nolte (Hgg.), *Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische Probleme im Zeitalter der Globalisierung*, Hamburg 2000, S. 121.

- 16) Erfolgreiche Ausnahmen sind PAN in Guatemala (gegründet in den achtziger Jahren; Regierung 1996 bis 2000), auch ARENA in El Salvador (gegründet 1980; Regierung seit 1989).
- 17) Ergebnisse vgl. www.odca.cl.
- 18) Vgl. Heinrich-W. Krumwiede/Detlef Nolte, *Die Rolle der Parlamente in den Präsidentschaftsdemokratien Lateinamerikas*, KAS-Studie Sankt Augustin 1999. (auch erschienen in: Beiträge zur Lateinamerikaforschung, hrsg. vom Institut für Iberoamerikakunde, Band 4, Hamburg 2000)

cher der sogenannte „Neoliberalismus“, dessen wichtigste Elemente wie Privatisierung, Staatsmodernisierung und -abbau sowie Marktöffnung von Politikern und Parteien aller traditionellen politischen Richtungen in unterschiedlichem Maße aufgenommen wurden. Eigene, erfolgreiche Parteien hat der „Neoliberalismus“ kaum hervorgebracht,¹⁶⁾ wenngleich einige Parteien, aber vor allem Regierungen, seine Inhalte stärker als andere adaptiert haben. Der christdemokratische Parteienverbund ODCA ist dabei, programmatische Plattformen für verschiedene Themenbereiche zu erarbeiten.¹⁷⁾

Parteien als Machtzentren im politischen System

Bei der Frage nach der Rolle politischer Parteien im Machtgefüge ergeben sich im lateinamerikanischen Vergleich die größten Unterschiede: Grundsätzlich sind die präsidentiellen Systeme Lateinamerikas auf eine Machtkonzentration bei der Exekutive angelegt, während die Parlamente als Ort parteipolitischer Auseinandersetzung trotz überraschend vieler formaler Befugnisse eine eher untergeordnete Rolle spielen.¹⁸⁾ Obwohl die Parteien in vielen Ländern faktisch über ein Monopol auf die Besetzung politischer Ämter verfügen, ist der politische Einfluss durch Parteitageentscheidungen oder Parteienverhandlungen (wie Koalitionsrunden) doch in den meisten Ländern als sehr beschränkt zu bezeichnen, wenn es ihn denn überhaupt gibt. Als Beispiele seien Chile und Peru genannt: In Chile spielen die Parteien im lateinamerikanischen Vergleich eine sehr gefestigte Rolle, dennoch ist das politische Machtzentrum eindeutig die Casa Presidencial: Hier werden z.B. die wesentlichen Personalentscheidungen für die Besetzung von Regierungsämtern getroffen, die aber die Mehrheitsverhältnisse im Regierungsbündnis „Concertación“ berücksichtigen müssen. In Peru hat es seit 1985 keinen Präsidenten mehr gegeben, der als Kandidat einer politischen Partei gewählt worden wäre, vielmehr waren die Vehikel für eine erfolgreiche Wahl Bewegungen und Allianzen mit wechselnden Namen und Mitgliedern.

Grundsätzlich fehlt den Parteien die finanzielle, organisatorische, personelle und programmatische Kraft, um außerhalb von Wahlkämpfen eine entscheidende politische Rolle zu spielen. Dies gilt nicht nur

in Bezug auf die Regierung, sondern auch für die Oppositionsparteien. Sie haben wenig Einfluss auf die eigenen Abgeordneten im Parlament, da diese ihre Ämter in einer sehr weitreichenden Autonomie ausüben. Die Parlamentarier sind für ihre Wiederwahl nicht auf programmatische Treue zu Parteitagsbeschlüssen oder Grundsatzprogrammen angewiesen, sondern müssen im Zweifelsfall vor allem finanzielle Stärke und direkten persönlichen Einfluss bei der Aufstellung der Kandidatenlisten mitbringen. Fraktionsdisziplin, die eine wichtige Grundlage für parlamentarischen Einfluss ist, ist den meisten lateinamerikanischen Abgeordneten eher fremd. Häufige Parteiwechsel in vielen Ländern unterstreichen die relativ geringe Bedeutung einer festen Parteibindung für den einzelnen Politiker.

*Grad der Institutionalisierung der Parteien /
Stabilität von Parteien und Parteiensystemen*

Stabilität gehört nicht zu den hervorstechendsten Merkmalen lateinamerikanischer Parteiensysteme: Die Volatilität, also die Wählerfluktuation, lag im Durchschnitt der Transitionsjahre (ca. 1978 bis 1996) bei über 20 Prozent. Im Vergleich dazu lagen die westeuropäischen Höchstwerte im 100-Jahres-Zeitraum von 1885 bis 1985 in Frankreich nur bei 15,2 Prozent und in den ersten beiden Jahren der Weimarer Republik bei 32,1 Prozent. Der letztere Wert wird in fünf der 18 untersuchten Länder überschritten.¹⁹⁾

Gerade die Länder im Prozess des Demokratieaufbaus haben sehr instabile Parteiensysteme. In Guatemala und Peru hat es z.B. vom Beginn der Demokratisierung an (1980 bzw. 1983) einen fast hundertprozentigen Austausch der im Parlament vertretenen signifikanten Parteien gegeben,²⁰⁾ in Guatemala hat bisher jeder gewählte Präsident seit 1985 einer anderen Partei angehört. Auch die Länder mit einem vermeintlich stabilen Parteiensystem, in dem über Jahrzehnte nur wenige, gleichbleibende Parteien den Ton angeben, zeigen Symptome der Fragmentierung: In Paraguay bildet die seit Jahrzehnten herrschende Colorado-Partei im Parlament „Unterfraktionen“ (*subbancadas*) für die verschiedenen Strömungen, die drei Präsidentschaftskandidaten der argentinischen Peronisten 2003 wurden bereits erwähnt, auch Nationale und Liberale in Honduras oder PUSC in

19) Daten aus Payne u.a., *Democracies in Development*, S. 132f.

20) Vgl. Tabelle ebd., S. 135.

Costa Rica sind von starken innerparteilichen Fraktionen gekennzeichnet, die in erster Linie personalistisch geprägt sind und durch persönliche Netzwerke zusammengehalten werden.

Die angeführten Instabilitäten nützen nicht der Anerkennung der politischen Parteien als unverzichtbarer Bestandteile der Demokratie, sind aber auch nicht von ihnen alleine zu verantworten,²¹⁾ sondern eine Folge der politischen Kultur in den lateinamerikanischen Ländern: Umfragen zeigen, dass die Nähe der Bürger zu den Parteien in Paraguay und Nicaragua etwa doppelt so hoch ist wie in Chile oder Peru;²²⁾ generell ist sie als sehr gering zu bezeichnen. In einem stabilen Land wie Chile sind z.B. nur 40 Prozent der Befragten der Meinung, Parteien seien unverzichtbar für den Fortschritt des Landes (Argentinien: 35 Prozent, Brasilien: 27 Prozent).²³⁾

Neben diesen Merkmalen der politischen Kultur der jeweiligen Länder sind populistische, gegen die Parteien (*partidocracia*) gerichtete Bewegungen mit autokratischen und messianisch auftretenden Führern in den letzten Jahren nicht nur in Peru (Fujimori) und Venezuela (Chávez) erfolgreich gewesen; sondern solche Tendenzen sind auch in einigen anderen Ländern zu beobachten.²⁴⁾

Ein weiteres Phänomen, das eine eingehende Betrachtung verdient, die aber hier nicht geleistet werden kann, ist das Verhalten der Parteien und Parlamentsfraktionen in den vielen Ländern, in denen die Partei/Wahlallianz des Präsidenten über keine parlamentarische Mehrheit verfügt (z.B. Mexiko, Brasilien, Peru, El Salvador, Costa Rica, Paraguay) und die Präsidenten auf Mehrheitsbeschaffer für ihre Gesetzesprojekte angewiesen sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass es einige Fortschritte bei der Institutionalisierung der Parteien/Parteiensysteme (Mexiko, Bolivien, El Salvador) gegeben hat, gleichzeitig aber die instabilen Parteien und Parteiensysteme das Bild Lateinamerikas immer noch prägen.

■ Wie sieht der Wandel aus?

Die Antwort auf die Frage nach dem Wandel kann mit einem klaren „Ja, aber“ beantwortet werden:

- Ja, es gibt starke Modernisierungstendenzen in den allermeisten lateinamerikanischen Parteien,

- 21) Auf die möglichen positiven Hintergründe von Volatilität („neue, bessere Angebote“) verweist Detlef Nolte, „Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung“, in: Bode-mer u.a. (Hgg.), *Lateinamerika Jahrbuch 2000*, Frankfurt/Main 2000, S. 16.
- 22) Vgl. Tabelle ebd., S. 136, basierend auf Daten des Latinobarómetro.
- 23) Vgl. Tabelle ebd., S. 140, basierend auf Daten des Latinobarómetro.
- 24) Zum Populismus in Lateinamerika vgl. Nikolaus Werz, „Alte und neue Populisten in Lateinamerika“, in: Ders. (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 45–64.

- aber* diese beschränken sich fast ausschließlich auf die Wahlkämpfe und haben zu einer Auslagerung der entsprechenden Kompetenzen auf externe Berater geführt.
- *Ja*, es gibt Fortschritte bei den Wahlen und Nominierungsverfahren (Vorwahlen), *aber* die Laster autoritärer, zentralistischer Entscheidungsstrukturen konnten damit nicht ausgelöscht werden.
 - *Ja*, es gibt Bemühungen zu mehr programmatischer Klarheit (ODCA), *aber* für die Wähler scheinen derzeit populistische Ansätze attraktiver zu sein. Deshalb ist es für die Parteien auf den ersten Blick wenig lohnend, Programme zu erarbeiten, die Ressourcen binden, den Handlungsspielraum einengen und schließlich nicht honoriert werden.
 - *Ja*, die Parteien verfügen über großen Einfluss bei der Personalauswahl, haben *aber* einen sehr geringen Einfluss auf politische Entscheidungen; sie sind in der Regel nicht Teil der politischen Machtzentren der lateinamerikanischen Länder.
 - *Ja*, in einigen Ländern sind die Parteien und Parteiensysteme stabiler geworden, *aber* es hat auch Rückschläge gegeben in Ländern mit vermeintlich institutionalisierten Parteiensystemen wie in Venezuela.

■ **Schlussfolgerungen für die Demokratieförderung in Lateinamerika**

1. Die Entwicklungen im politischen Marketing sollten akzeptiert werden und deshalb für eine wertgebundene Demokratieförderung neben der politischen Bildung und Beratung auch die Berater und Beratungsfirmen ein Ansatzpunkt sein, da sie großen Einfluss auf die Wahlkämpfe haben.
2. Selbst wenn die Entwicklungen im Bereich Marketing/Beratung nicht begrüßt werden, so ist dies doch als ein Trend festzustellen, der längst auch westeuropäische Parteien erfasst hat. Hier sollten Strategien entwickelt werden, wie neue Einflusskanäle zu den politischen Parteien hin eröffnet werden können. Die reine Finanzierung externer PR-Berater, die einen Kandidaten vermarkten, kann dies nicht leisten.

3. Auch bei Anerkennung der geringen Rolle politischer Parteien in präsidentiellen Systemen und deren fester Verankerung in der politischen Kultur Lateinamerikas bleiben die Parteien doch als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft alternativlos. Deshalb sollte die Demokratieförderung in Lateinamerika mit politischer Bildung und Beratung fortfahren und den attestierten Wandel als neuen Anknüpfungspunkt für Reformen nutzen.
4. Dabei sollten in der Förderung politischer Parteien insbesondere folgende Themen aufgegriffen werden:
 - die Verbesserung der innerparteilichen Demokratie (Wahlmechanismen, Entscheidungsdezentralisierung);
 - die Reform der Wahlgesetzgebungen, um die negativen Effekte von Dezentralisierung (Parteiensplitterung) zu reduzieren und den regionalen Einfluss auf die nationale Politik (Wahlkreisabgeordneter) zu stärken;
 - die Reform der Parteienfinanzierung (stetigere Finanzierung, die auch für politische Bildung verwendet wird).

Zur Vermeidung des wachsenden Populismus und weiterer Rückfälle in autoritäre politische Praktiken ist die schwierige Herausforderung, politische Parteien in Lateinamerika zu stärken und zu demokratisieren, alternativlos und deshalb offensiv und konstruktiv anzunehmen.

■ Literaturverzeichnis

- Alison Brysk, „Democratizing Civil Society in Latin America“, in: *Journal of Democracy*, Heft 3/2000, S. 151–165.
- Michael Coppedge, „Political Darwinism in Latin America’s lost Decade“, in: Larry Diamond/Richard Gunther (Hgg.), *Political Parties and Democracy*, Baltimore 2001, S.173–205.
- Heinrich-W. Krumwiede/Detlef Nolte, *Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas*, KAS-Studie, Sankt Augustin 1999. Auch erschienen in: *Beiträge zur Lateinamerikaforschung*, hg. vom Institut für Iberoamerikakunde, Band 4, Hamburg 2000.
- Detlef Nolte, „Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung“, in: Bodemer u.a. (Hgg.),

- Lateinamerika Jahrbuch 2000*, Frankfurt/Main 2000, S. 9–29.
- Mark J. Payne/Zovatto/Carillo Flórez/Allamand Zavala, *Democracies in Development. Politics and Reform in Latin America*, Washington D.C. 2002. (Interamerikanische Entwicklungsbank mit IDEA)
- Fritz Plasser mit Gunda Plasser, *Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich*, Wien 2003.
- Frank Priess/Fernando Tuesta Soldevilla (Hgg.), *Campañas electorales y medios de comunicación en América Latina*, 2 Bände, Buenos Aires 1999.
- Christopher Sabatini, „Decentralization and Political Parties“, in: *Journal of Democracy*, Heft 2/2003, S. 138–150.
- Nikolaus Werz/ Petra Bendel, „Politische Parteien“ (Lateinamerika), in: Nohlen u.a. (Hgg.), *Lexikon der Politik*, Band 4, München 1997, S. 437–444.
- Nikolaus Werz, „Alte und neue Populisten in Lateinamerika“, in: ders. (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 45 bis 64.
- Nikolaus Werz, „Politische Parteien in Lateinamerika“, in: Wolfgang Hirsch-Weber/ Detlef Nolte (Hgg.), *Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische Probleme im Zeitalter der Globalisierung*, Hamburg 2000, S. 105–129.